

Ergebnis der Konferenz ist neuen Schritten zur Sicherung eines dauerhaften friedlichen Zusammenlebens der Völker der Weg geebnet.

Alle Teilnehmer der Genfer Konferenz bekannten sich zur Notwendigkeit einer Abrüstung. Die Fragen der Einschränkung der herkömmlichen Waffen und des nachfolgenden Verbots der Atomwaffe sowie einer den heutigen Bedingungen gerecht werdenden Kontrolle der Durchführung von Abrüstungsbeschlüssen sind Gegenstand weiterer ernsthafter Verhandlungen, die zu einem positiven Ergebnis führen können, wenn sie im Geiste der Genfer Konferenz vor sich gehen. Die Sowjetunion hat bereits nach der Konferenz durch die Verminderung ihrer Streitkräfte, durch die Übergabe des sowjetischen Militärstützpunktes Porkkala an die finnische Regierung und durch ihre Vorschläge in der Abrüstungskommission der UNO ihren ernstesten Willen zur Durchführung der Genfer Vereinbarungen durch Taten bekundet. Der Vorschlag der Sowjetregierung auf Festlegung der Höhe der Streitkräfte der Großmächte, Bestimmung von Fristen für das Inkrafttreten des Verbots des Einsatzes der Atomwaffe, Durchführung einer Reihe von Maßnahmen, um einen überraschenden Überfall eines Staates auf einen anderen zu verhindern — all das entspricht den Vereinbarungen von Genf und den Wünschen aller friedliebenden Menschen.

Von besonderer Bedeutung für die Minderung der internationalen Spannungen ist die Herstellung breiter politischer, wirtschaftlicher und kultureller Verbindungen zwischen allen Staaten auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung, der Gleichberechtigung und der Souveränität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Der uneingeschränkte Handel zum gegenseitigen Vorteil dient der friedlichen Zusammenarbeit der Staaten.

Die Sowjetunion hat bereits viele Schritte getan, um die internationale Zusammenarbeit zu fördern. Das Abkommen mit Finnland, der Staatsvertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der westdeutschen Bundesrepublik, die gegenseitigen Besuche der Staatsmänner der Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen, der Austausch von Delegationen von Parlamentsabgeordneten, von Staatsfunktionären, Gewerkschaftsfunktionären und von Fachleuten der Landwirtschaft, des